

Ein Staat – zwei Rechtspraktiken?

Dr. sc. jur. Heinz Günther

Prof. Dr. Dr. Merten, Speyer, der Verfasser des Rechtsgutachtens unserer Verfassungsbeschwerde aus dem Jahre 2012, hat sich in einem wissenschaftlichen Exposee diesem Thema erneut gewidmet. Ein wesentlicher Gegenstand war das von der letzten Volkskammer der DDR verabschiedete „Gesetz über die Aufhebung der Versorgungsordnung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit“ vom 29. Juni 1990. Es sah vor, dass die Alters- und Invalidenrenten der ehemaligen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit ... die Höhe von 990 M... .“ (Mark der DDR) nicht übersteigen dürfen, so dass sich auch die Berechnung ihrer Rentengelpunkte entsprechend mindernd auswirkte.

Bereits in den ersten Jahren nach dieser Entscheidung wandte sich Prof. Merten mit einem sehr substanziellen Artikel an die juristische Fachwelt sowie an die Öffentlichkeit und wies auf die Vielschichtigkeit der vorliegenden Problematik hin. Das geschah in einer so nachdrücklichen beeindruckenden Weise, dass weder objektiv urteilende Juristen dem widersprechen noch die Öffentlichkeit sich einem weitgehenden Verständnis entziehen konnte. Dieser in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ erschienene Artikel hätte wegen seiner sachlichen Ausgewogenheit als entscheidende Grundlage für alle diesbezüglich ergangenen gerichtlichen Urteile dienen können. Stattdessen geschah es, dass in dem als Leitentscheidung geltenden Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. 4. 1999 politische Erwägungen in einem Maße dominierten, dass selbst Rechtsgrundsätze und Rechtsprinzipien ihre Wirkung und Geltung verloren. Es hinterließ den Eindruck, als sollte ihre Rolle und Wirkung durch eine pauschale „Opfer und Täter-Kategorisierung“ ersetzt und das Rentenrecht zu einer Art „Kollektivsühne“ umfunktioniert werden. Dabei blieb völlig unbeachtet, dass jede Strafe grundsätzlich immer die Beurteilung der Schuld des Einzelnen voraussetzt und verbietet, Kollektivschuld zu praktizieren. Prof. Merten betont daher nachdrücklich: „Jede Strafe setzt individuelle Schuld voraus. Schuld bedingt individuelle Verantwortung für rechtswidriges Verhalten und individuelle Vorwerfbarkeit. Der Rechtsstaat verpönt jede Form der Kollektiv- oder Gruppen-

schuld, jede Art von Gesinnungsstrafrecht und Schuldvermutung“ (FAZ v. 2.10.1993 S. 12)

In seinem jetzt vorgelegten Exposee „Das DDR-Aufhebungsgesetz als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung?“ kommt er daher zu dem Schluss, dass die vom Bundesverfassungsgericht am 28.4. 1999 getroffene Leitentscheidung und alle gerichtlichen Entscheidungen der BRD, die sich auf das genannte „Aufhebungsgesetz“ stützen, rechtswidrig sind. Daraus folgt, dass auch die Annahmeverweigerung unserer letzten Verfassungsbeschwerde aus dem Jahre 2012 durch das Bundesverfassungsgericht unrechtmäßig war und damit dem Rechtsweg formell ein Ende gesetzt wurde.

Die Bedeutung des jetzt von Prof. Merten vorgelegten wissenschaftlichen Exposees besteht aber nicht nur darin, dass die rechtlichen Normen der Entscheidung herausgearbeitet, sondern auch, dass die gesellschaftlich relevanten Hintergründe und ihre schädigenden Wirkungen hervorgehoben wurden. Mit Recht wirft er den damaligen Mitgliedern der DDR-Volkskammer vor, eine unsachlich kritische Grundhaltung zum DDR-System gehabt und es unterlassen zu haben, den Wahrheitsgehalt der herangezogenen Entscheidungsgrundlagen zu prüfen. Er wertete das Ergebnis ihrer dubiosen „Rechtsprechung“ so, dass der „Ahndungszweck ohne Beachtung des Rechtsstaatsprinzips“ bei den Abgeordneten im Vordergrund stand. Da keinerlei zwingende Veranlassung bestand, das Gesetz in aller Eile zu beschließen, ging es ihnen offensichtlich darum, mit diesem Gesetz Prämissen für weitergehende, spätere Entscheidungen zu setzen. Diese Absicht, bestrafen zu wollen, war so ausgeprägt, dass dafür selbst die Verletzung bestehender Rechtsstaatsprinzipien billigend in Kauf genommen wurde. So bleibt, dass durch diese Entscheidung elementare Rechtsgrundsätze verletzt wurden, wie z. B. der Gleichheitssatz, das Eigentumsrecht, das Rückwirkungsverbot, das Rechtsprinzip der Einzeltatschuld und das Verbot, Kollektivschuld zu praktizieren. Gleichheitssatz ist prinzipiell in etwa so zu verstehen, dass wesentlich Gleiches nicht ungleich und wesentlich Ungleiches nicht gleich behandelt werden darf. Zunächst stellte er richtig, dass das MfS, entgegen der Relevanz

Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre,

wo die Oppositionspartei, die den fortgeschritteneren Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte?

Manifest der Kommunistischen Partei 1848

In Memoriam

Friedrich Engels

Geboren am

28. November 1820

in breiten Kreisen der Bevölkerung weder ein „Staat im Staate“, noch die DDR ein „Stasi-Staat“, sondern ein „SED-Staat“ war. Das MfS allein wäre niemals dazu in der Lage gewesen, den Bestand der DDR allein zu garantieren, sondern, dass es dazu eines ganzen Systems bedurfte hätte. Die Konzentration in dem Aufhebungsgesetz vor allem auf das MfS sei daher auch in dieser Hinsicht „nicht sachgerecht“, weil auch alle anderen staatlichen Einrichtungen in gleicher Weise der Aufrechterhaltung des Staatssystems dienen. Dabei betonte er, dass die Versorgungssysteme der DDR, „trotz der „ideologischen Absage an ein Berufsbeamtentum“, „teilweise eine beamtenähnliche Versorgung“ darstellen. „Daher müssen sie trotz ihrer Überführung in die westdeutsche Rentenversicherung mit der Gesamtversorgung der Angestellten im öffentlichen Dienst oder der Altersversorgung der Beamten verglichen werden.“ (FAZ)

Diese Erkenntnisse sollten uns in unserer Überzeugung stärken, dass wir „im Recht“ sind und sich die Gegenseite nur dann in der Lage fühlt, uns unsere Rechtsansprüche zu verweigern, wenn sie sich unfaire, rechtswidriger Mittel bedient. Ein solches Vorgehen dürfte auf Dauer dem hohen Ansehen der deutschen Rechtsprechung mehr schaden, als es dienlich wäre, den Erwartungen der Initiatoren einer „politisch inszenierten Rechtsprechung“ Genüge zu tun. Rechtsstaatlichkeit ist unteilbar und verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie nur dann „praktiziert“ wird, wenn sie den politischen Intentionen der herrschenden Kräfte entspricht.

Verfolgt man den bisher negativen Verlauf unseres Rechtsstreites, wird deutlich, dass ein solcher höchst zweifelhafter Prozessverlauf nicht möglich gewesen wäre, wenn er nicht von „übergeordneten“ Instanzen des Staates gesteuert und eingefordert worden wäre.

An sich gilt in jedem demokratischen Rechtsstaat die strikte Trennung der Gewalten nach der gesetzgebenden, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt, auf deren Grundlage eine gegenseitige Kontrolle und ein rechtsstaatliches Wirken erst möglich wird. Da den Initiatoren für einen negativen Prozessverlauf unseres Anliegens keine geeignete Rechtsnorm zur Verfügung stand, musste erst ein spezieller „Recht-

sersatz“ inszeniert werden. Offizieller Erfinder und Inszenator einer solchen „juristischen Ersatzlösung“ war der damalige Justizminister, Dr. Klaus Kinkel. Auf dem 15. Deutschen Richtertag am 23. 9. 1991 wandte er sich an die Richter und Staatsanwälte der Bundesrepublik und forderte:

„Sie meine Damen und Herren Richter und Staatsanwälte haben bei dem, was noch auf uns zukommt, eine ganz besondere Aufgabe. ...Es muss gelingen, das SED-System zu delegitimieren.“ Erklärend fügte er hinzu: „Der Gesetzgeber kann aus rechtsstaatlichen Gründen wegen des Problems der Rückwirkung nicht tätig werden.“

Eine solche Aufforderung stellt nichts anderes dar als eine „Anstiftung“ zu einer rechtlich sehr fragwürdigen Vorgehensweise. Sie richtet sich durchaus nicht nur gegen ehemalige Angehörige des MfS oder anderer staatlicher Institutionen, sondern gegen alle ehemaligen Bürger der DDR. Man könnte dieses Vorgehen zwar als eine agitatorische Polit-Floskel abtun, wenn die Initiatoren nicht beabsichtigen würden, daraus weitergehende, die DDR-Bürger deklassierende Aktivitäten abzuleiten. Die anmaßende Forderung, die DDR „delegitimieren“ zu wollen, ist darauf gerichtet, die von den Staaten der Welt völkerrechtlich anerkannte und als Mitglied der UN fungierende DDR nachträglich als „Unrechtsstaat“ zu diskreditieren. In innenpolitischer Hinsicht sollten dadurch bei den DDR-Bürgern Zweifel an der Rechtmäßigkeit ihres Staates und damit auch an ihren eigenen persönlichen Rechtsansprüchen geweckt werden. Es zeigt sich, dass die so geschaffene „rechtliche Ersatzlösung“ einem Taschenspielertrick entstammt und ein dubioses Konstrukt einer rechts-politischen Inszenierung darstellt. Statt nach dem Rechtsstaatsprinzip der Gewaltenteilung zu verfahren, wird, statt eine rechtliche Lösung herbeizuführen, der von der Exekutive geforderten „politischen Rechtsprechung“ gefolgt. Nach dem Motto, einer muss den Beelzebub spielen, werden die Kompetenzen der Gewalten willfährig verschoben. Um die zuständige Legislative zu schonen, fühlte sich die Exekutive berufen, den faulen Apfel an die Judikative weiterzureichen.

Von ihr erhoffte man sich nun, dass den Juristen für die Öffentlichkeit möglichst schwer zu durchschauende Verkläuterungen und Winkelzüge einfallen, die dem ganzen widerrechtlichen Getue einen glaubhaften rechtsstaatlichen Anschein verleihen.

Der Grundorientierung, dass die DDR ein „Unrechtsstaat“ sei, wurde in der westlichen bürgerlichen Medienwelt bereits seit ihrer Gründung gefolgt. Sie wurde offen mit Sanktionen belegt und mit subversiven Mitteln behindert, schlecht geredet, verketzert und verleumdet und in ihrem Leistungsvermögen gering geschätzt. Sie durfte mit ihrem Gesellschaftssystem auf keinen Fall als mögliche Alternative zu ihrem eigenen kapitalistischen System erscheinen.

Die BRD hingegen wurde den DDR-Bürgern schon bald nach Kriegsende durch mithilfe aller westlichen Alliierten als vermeintliches „Wirtschaftswunderland“ kreiert. Eine solche über Jahrzehnte laufende Huldigung verfehlte bei vielen DDR-Bürgern leider nicht die gewünschte Sogwirkung. Es muss allerdings auch eingeräumt werden, dass die Mehrheit der Bürger, die auf Volkseigentum basierende Wirtschaft der DDR nicht als die eigentlich sichere Basis für ihre soziale Sicherheit, Bildung, Kultur, den Gemeinsinn, die Existenzsicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten empfand und erkannte. Für sie verband sich der Begriff „Volkseigentum“ nicht mit der Vorstellung, sich als „Miteigentümer“ fühlen zu können. Sicherlich war ihnen eine solche Vorstellung auch durch fehlende materielle und darstellende Umstände seitens der DDR-Führung viel zu wenig miterlebbar gemacht worden.

Diese Faktoren erklären, dass die Masse der Bürger nach 1990 eher teilnahmslos hinnahm, dass man die Rückverwandlung ihrer volkseigenen Werte in Privateigentum betrieb und damit ihre eigenen Leistungen und Potenzen gering schätzte. Sie haben geduldet, dass all diese Werte, tausende Betriebe, soziale und kulturelle Einrichtungen geschleift und abgewickelt wurden. So übernahm die BRD etwa 8000 Betriebe, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, riesige

Forsten, 40.000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, Hotels, Ferienheime, ein in Milliardenhöhe gehendes Auslandsvermögen usw. Was über die Treuhand nicht zu Geld gemacht werden konnte, wurde geschleift. Es rührte sich kaum eine Hand, die gegen eine solche, in dieser Größenordnung nie da gewesene Manipulation Protest erhob. Man verzichtete damit auch auf den eigenen Leistungsanteil und auf die sich daraus ergebenden Rechtsansprüche. Durch eine jahrzehntelange Beeinflussung waren große Teile der DDR-Bürger von einem Leben in der BRD in einem unvorstellbaren Maße indoktriniert. Das veranlasste sie zu einer Art „vorausseilender Dankbarkeit“, für die zu erwartenden „Wohltaten“ und „blühenden Landschaften“ und dazu, sich jeder oppositionellen Regierung zu enthalten. So konnte es geschehen, dass sie selbst geduldig hinnahmen, in der jetzt existierenden BRD, gewissermaßen „Bürger zweiter Wahl“ zu sein.

Von der immer noch praktizierten weithin rechtlichen Ungleichbehandlung sind durchaus nicht nur die ehemaligen Angehörigen der Staatssicherheit oder anderer staatlicher Einrichtungen betroffen, sondern viele ehemalige Bürger der DDR. So konnte es, abgesehen von Einzelfällen, geschehen, dass selbst nach 30 Jahren Anschluss der DDR an die BRD und einheitlicher Staatlichkeit, in den neuen Bundesländern für gleiche Arbeit immer noch geringere Löhne und Gehälter gezahlt werden als in den alten Ländern. Was dabei oft unbeachtet bleibt ist, dass sich die daraus abgeleiteten geringeren Rentenansprüche in einem Maße mindern, dass die so „errechneten“ Renten oft nicht den elementarsten Lebensansprüchen genügen.

Es ist schon sehr verwunderlich, was an sich aufgeschlossene Staatsbürger mit sich machen und über sich ergehen lassen, wenn ihre Erwartung an die neu erworbene Rechtsstaatlichkeit größer ist, als ihre frühere Bindung an ihren Staat und die Tiefe der Kenntnisse gesellschafts-politischer Zusammenhänge fehlen.

*

Aktivtagung des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden e. V.

Das Präsidium des Kuratoriums Ostdeutscher Verbände e. V. hatte zu einer Aktivtagung mit dem Thema „Der Verrat an den Bürgern der DDR – eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss“ eingeladen. In den Jahren zuvor war das OKV als Veranstalter der alternativen Einheitsfeier jeweils am 3. Oktober öffentlich in Erscheinung getreten. Dieses Jahr mussten andere Wege beschritten werden. Damit beschränkte sich die Anzahl der Teilnehmer aus den Vereinen und Organisationen auf jeweils zwei Vertreter. Dieser Umstand hatte aber keinen Einfluss auf die inhaltliche Aussagekraft der Veranstaltung. Ausnahmslos alle Redner betonten die

aktive Friedenspolitik der DDR und ihr damit verbundenes solidarisches Wirken gegenüber anderen Völkern und Nationen. Auch die Bezeichnung „Unrechtsstaat DDR“ wurde von den Rednern als Versuch gewertet, die historischen Leistungen der DDR und ihrer Bürger zu entwerten oder wie Egon Krenz es formulierte: „Die Bourgeoisie tut alles, damit der erste Versuch, den Sozialismus auf deutschem Boden aufzubauen, in den Augen der Bevölkerung wie etwas Verbrecherisches aussieht.“ Egon Krenz betonte auch, dass es die Aktivitäten der Menschen in den Vereinen sind, die sogar Bundespräsident Frank-Walther Steinmeier dazu zwingen, in

seiner Festrede anlässlich des 30. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung in Potsdam, davon zu sprechen, dass es Fehler gab und Fehler gemacht wurden, während des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD. Dabei stellt sich für mich und viele andere die rhetorische Frage: Wenn man öffentlich darüber spricht und zugibt, dass es Fehler und Fehlentscheidungen gab, ließen sich dann bekannte Fehlentscheidungen nicht korrigieren?

In weiteren Reden sowie mit der verabschiedeten Erklärung, wurde als besonders schockierend herausgestellt, dass wir nun in einem Staat leben, in dem die Herrschenden Russland und seine führenden Repräsentanten auf das Übelste verleumdern und politisch, und wirtschaftlich erpressen. Dabei wurde immer wieder betont, dass die Mehrheit der Bürger der DDR, die sich für eine bessere Zukunft engagiert hatten, einen solchen Staat wie ihn die gegenwärtige BRD repräsentiert, nicht wollen. Der Wunsch nach Frieden, Freiheit und Menschenwürde dürfe keine leere Floskel bleiben. Mit einer Erklärung „Für eine bessere Zukunft“ rufen die Teilnehmer dieser Aktivtagung die Menschen in der Bundesrepublik dazu auf, sich persönlich weiter zu engagieren und einzubringen im Kampf für Frieden, Klimaschutz und gesellschaftlichen Fortschritt. Aus Platzgründen drucken wir den Text dieser Erklärung nicht in **ISOR-aktuell**. Er kann in der Internetausgabe von ISOR eingesehen werden. Vom Veranstalter sind dazu zwei Publikationen vorbereitet worden, welche wir den ISOR Mitgliedern und auch anderen interessierten Leserkreisen zur Verfügung stellen werden. Im Vorfeld dieser Aktivtagung wurden hierzu in den TIG



von ISOR entsprechende Bestellübersichten in Auftrag gegeben, so dass eine limitierte Anzahl von Broschüren in den TIG verfügbar sein werden. Aber auch eine Bestellung bei Amazon ist möglich.

Lothar Schlüter

**Begleitende Publikationen
für die am 5. Oktober 2020 durchgeführte Aktivtagung des OKV**

ok

**„Der Verrat an den Bürgern der DDR“
Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss**





Vorgestellt auf einer Aktivtagung zur
„Alternativen Einheitsfeier“ am 5. Oktober 2020

Ostdeutsches Kuratorium von
Verbänden e.V.

ok

**„Der Verrat an den Bürgern der DDR“
Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss**



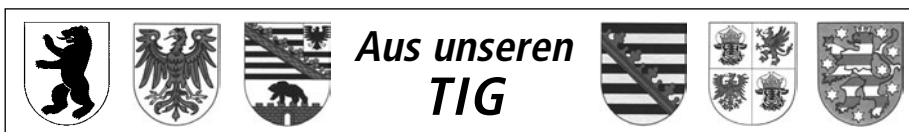
Beiträge der Verbände des
OKV
und seiner Sympathisanten
herausgegeben zur Aktivtagung
am 5. Oktober 2020

Ostdeutsches Kuratorium von
Verbänden e.V.

Bestellbar bei Amazon:

„Der Verrat an den Bürgern der DDR“
Eine politische Bilanz nach 30 Jahren.
Vorgestellt auf einer Aktivtagung zur
„Alternativen Einheitsfeier“ am 5.
Oktober 2020
Preis 3,68 € / ISBN: 9798684148699

„Der Verrat an den Bürgern der DDR“
Eine politische Bilanz nach 30 Jahren.
Beiträge der Verbände des OKV und
seiner Sympathisanten, herausgegeben
zur Aktivtagung am 5. Oktober 2020
Preis 3,78 € / ISBN: 9798687565332



ISOR e.V. lebt – auch im 29ten Jahr seines Bestehens

Eine persönliche Betrachtung

Eine Bemerkung vorab: In den vergangenen Wochen äußern mir gegenüber Freunde wiederholt die „Empfehlung“, ich solle keine Illusionen über einen weiteren Erfolg, ein weiteres Ergebnis unseres Kampfes gegen das nach § 7 AAÜG nach wie vor bestehende Rentenstrafrecht und weitere soziale Ausgrenzungen ehemaliger DDR-Bürger besitzen.

Meine Antwort:

Ich lebe nicht mit unbegründeten Illusionen. Zunächst bleibt Tatsache, ISOR als Verein und seine territorialen Strukturen bestehen noch immer. Und das trotz aller Verleumdungen, aller Versuche, eine Spaltung innerhalb der Mitgliedschaft zu erreichen, trotz des zwischenzeitlich erreichten hohen Alters vieler Mitglieder, eines angegriffenen Gesundheitszustandes. Solidarität war, ist und bleibt das tragende Motiv unserer Freundinnen und Freunde. ISOR ist der rechtmäßige Zusammenschluss sozial und in weiteren gesellschaftlichen Bereichen ausgegrenzter ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR.

Meine wenn überhaupt als Illusion zu bezeichnende Haltung besteht in der Überzeugung, dass es viele Mitstreiter nicht nur aus den Reihen der vom Rentenstrafrecht Betroffenen gibt, die sich nicht mit der Situation abfinden, die dagegen auftreten, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. Letzteres trifft auf die große Mehrzahl der Freundinnen und Freunde der TIG zu. Sie engagieren sich als Gruppenbetreuer, als Kassierer, verteilen ISOR aktuell.

Mehrere Freunde sind als Verantwortliche in anderen Vereinen, Organisationen, in Arbeitsgruppen zur Wissensvermittlung aktiv tätig. Dort vertreten sie ISOR. Ihre Erfahrungen aus ihrer Tätigkeit dort sind wertvoll für die Arbeit in der TIG, nicht zuletzt auch für die Gestaltung der Zusammenarbeit der Vereine, bis hin zur Nutzung von Möglichkeiten zur Vereinsarbeit. Die Begründer und Mitbegründer und viele langjährige Mitglieder unseres Vereins haben mit ihrem persönlichen Einsatz und auf der Grundlage grundsätzlicher Orientierungen des Vorstandes unseres Vereins nicht nur für die Mitglieder, sondern für alle vom Rentenrecht betroffenen gewesene und noch betroffene Angehörige der bewaffneten Organe der DDR Ergebnisse erkämpft. Viele dieser Freundinnen und Freunde sind nicht mehr am Leben. Ihnen

sind wir in der Pflicht, damals Begonnenes weiterzuführen. Das entspricht nicht zuletzt unseren gemeinsamen Biografien.

Die von ISOR mit Unterstützung von Juristen und weiteren dem Grundgesetz der Bundesrepublik verpflichteten Personen erzielten Erfolge gegen das Rentenstrafrecht sind spürbar, auch wenn noch nicht alle unsere Forderungen erreicht wurden. Nicht zuletzt bleibt ISOR auch nach außen als Mitglied des OKV ein anerkannter Sozialverein. Wir sind durch Taten seit unserem Bestehen mit dem Kampf sozial und gesellschaftlich ausgegrenzter ehemaliger DDR-Bürger und heutiger ostdeutscher Bundesbürger solidarisch verbunden.

Dazu, und hier ist auch unser Einsatz für Frieden, gegen Kriege zu nennen, ist die TIG in sozialen Netzwerken integriert.

Wie organisieren wir die Arbeit weiter? Einige Gedanken dazu:

Die Motivation zum Fortbestehen unseres Vereins ist bei allen unseren Freundinnen und Freunden zu erhalten.

Der Vorstand der TIG wird gemeinsam mit den Gruppenbetreuern und den Mitgliedern Angebote zur weiteren Gestaltung der Vereinsarbeit unter den aktuellen Bedingungen präzisieren. Dabei sind die Interessen der Mitglieder, auch benötigte Hilfen, stärker in der Arbeit umzusetzen.

Zusammenkünfte mit Gruppenbetreuern, Treffen der Mitglieder in den UTIG haben sich

bewährt. Sie dienen der Festigung der Kontakte, des Gedankenaustausches, der Wissensvermittlung und der Beratung von Aufgaben der TIG. Der Vorstand wird eine monatliche Sprechstunde für die Mitglieder einführen. Wir erhoffen uns damit Hinweise für die Gestaltung unserer Arbeit zu erhalten. Der Vorstand der TIG ist an einem stärkeren Erfahrungsaustausch mit andern TIG interessiert. Hier sehe ich meine Verantwortung als Mitglied des Beirates beim Vorstand unseres Vereins. Zusammenkünfte zur Beratung mit TIG-Vorständen des Regierungsbezirkes bieten eine Grundlage zur Umsetzung o.g. Aufgabe.

Wir werden außerdem überlegen, zu Veranstaltung der TIG Chemnitz Freunde der umliegenden TIG einzuladen. Nach wie vor vertrete ich die Auffassung, dass wir alle unsere Möglichkeiten, insbesondere auch persönliche Kontakte unserer Mitglieder, nutzen, die mit Gutachten nachgewiesenen Fakten, die die Verfassungswidrigkeit der „Strafrenten“ begründen, weiter bekanntzumachen. Wir können auch damit Reaktionen auf dieses Unrecht erfassen, die das Vorgehen des Vorstandes unseres Vereins unterstützen.

Damit komme ich auf den Ausgang meiner Darstellung zurück. Illusionen zur Arbeit unseres Vereins besitze ich. Sie sind, und das nehme ich für mich in Anspruch Motiv des Tuns. Ich bin der Überzeugung, das ist ebenso Haltung unserer Mitglieder, wie sie auch auf unserer

Mitgliederversammlung

anlässlich des 71. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und des 29. Jahrestages der Bildung unserer TIG als territoriale Gemeinschaft unseres Vereins zum Ausdruck kam.

Inhalt der Veranstaltung war die Verständigung über Ursachen und Bedingungen der bisher nicht erreichten Herstellung der Einheit Deutschlands, über daraus abzuleitenden Aufgaben.

Wir hatten dazu Dr. Klaus Blessing eingeladen, der sein Buch „Wer verkaufte die DDR“ vorstellte.

Unserer Einladung gefolgt waren zahlreiche Mitglieder der Partei DIE LINKE und deren Arbeitsgruppen, so auch der Vorsitzende des Stadtvorstandes der Partei, Vertreter linker Vereine und Organisationen und der Chemnitzer Friedensbewegung.

Die Ausführungen Klaus Blessings wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Es ist mit dieser Information nicht machbar bzw. gewollt, Inhalte seines Vortrages, seines Buches darzustellen. Zu erwähnen ist, dass das Buch viele Käufer fand, natürlich mit der Widmung des Autors.

Wichtig ist mir die Feststellung, dass mit den vorgetragenen Fakten zur Abwicklung der DDR, zu den handelnden Personen wertvolle Anregungen für das Verständnis der politischen und gesellschaftlichen Situation in den Anschluss-

ländern seit 1990 sowie für Schlussfolgerungen auch für unsere Arbeit gegeben wurden.

Notwendig ist, die junge Generation umfassender mit der Geschichte der DDR, den Erfahrungen bei der Entwicklung einer nicht kapitalistischen Gesellschaft vertraut zu machen. Fakten, wie sie von Klaus Blessing aufgezeigt wurden, und die die Notwendigkeit eines Systemwandels begründen, sind dabei wertvoll.

Eine Zukunft mit sozialistischen Zügen ist anzustreben.

Die Einhaltung solcher Bestimmung des Grundgesetzes wie die Rolle des Eigentums geben uns nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu handeln.

Eine grundsätzliche Aufgabe besteht darin, Wege zu finden, um eine breite Masse der Bevölkerung mit den Krisen des Kapitalismus, mit Fragen Krieg und Frieden, mit Ursachen der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft usw. vertraut zu machen.

Dazu werden wir weiterhin die Zusammenarbeit von Vereinen, Organisationen usw. entwickeln. Unsere Versammlung hat dazu, so die Reaktion der Teilnehmer, Impulse zur Umsetzung dieser Aufgaben gegeben.

**Eichler, Vorsitzender der
TIG Chemnitz, Oktober 2020**

*

Beratung und Erfahrungsaustausch der Vorsitzenden der TIG in Mecklenburg- Vorpommern mit Manfred Jonischkies, Mitglied des Vorstandes von ISOR und Landesbeauftragter

Am 7. Oktober trafen sich in Kuhs auf Einladung des Landesbeauftragten die TIG-Vorsitzenden und Beiratsmitglieder aus 17 TIG des Landes zu ihrer traditionellen Jahrestagung. Die Freude aller 25 Teilnehmer, sich nach längerer Zeit in diesem Kreis mal wieder zu sehen und austauschen zu können, war nicht zu übersehen. Hatten doch alle die bisherige Zeit unbeschadet überstanden.

Ein herzliches Willkommen galt auch unseren Gästen des Vorstands und der Geschäftsführung von ISOR Joachim Bonatz und Hans-Peter Speck.

Ziel unserer Beratung sowie des Erfahrungsaustausches war es, eine Bestandsaufnahme unserer doch in den letzten Monaten stark eingeschränkten Arbeit in den TIG vorzunehmen und die Schwerpunkte bis zum Jahresende festzulegen.

Gespannt waren wir auch, von unseren Gästen Informationen zur aktuellen Situation im Verein und den angekündigten Aktivitäten in der politischen Arbeit, speziell in der Zusammenarbeit im OKV zu erfahren.

Joachim Bonatz, der auch Präsidiumsmitglied des OKV ist, berichtete zunächst über eine Beratung von Vorstand und Beirat Anfang September, auf der Prof. Merten sein im Entwurf vorliegenden Gutachten „Das DDR- Aufhebungsgesetz

als Rechtfertigung für gleichheitswidrige Versorgungsüberleitung?“ erläuterte. Kernpunkt ist die Feststellung, dass die damals „frei gewählte“ Volkskammer dieses Gesetz auf seine Verfassungsmäßigkeit hätte prüfen müssen, was nicht erfolgte. Stattdessen wurde nur das Versorgungssystem des MfS liquidiert. Da es sich um eine äußerst komplexe und schwierige rechtliche Thematik handelt, soll durch den Vorstand Ende Oktober über die weitere Verwendung des Gutachtens entschieden werden. Fakt ist, dass es nicht juristisch, sondern nur über den politischen Weg genutzt werden kann, um dem Gleichheitsgrundsatz Rechnung zu tragen:

Man bekommt nicht immer recht, aber das Gutachten belegt: wir haben recht!

Sollten sich also daraus neue Argumente und Möglichkeiten ergeben, werden wir diese auch für den Kampf gegen das Rentenunrecht und für soziale Gerechtigkeit nutzen.

Wie geht es weiter mit ISOR, das war ein weiterer Punkt in den Ausführungen von Joachim, vor allem unter dem Aspekt, der mitglieder- und finanzstärkste Verein im OKV zu sein.

Bei einem Altersdurchschnitt von 79 Jahren und momentan noch 8.000 Mitgliedern könnte man zu dem Ergebnis kommen, dass wir uns in einigen Jahren auflösen werden. Dem widersprach Joachim, der auch Stochastik- Experte ist, vehement. Nach seinen Berechnungen würden wir selbst im Jahr 2026 mit dann ca. 4.000 noch der stärkste Verein im OKV sein. Also keine „Endzeitstimmung“ in den TIG und gegensteuern.

Die positiven rentenrechtlichen Beispiele aus den Reihen der VP bestätigen den von uns eingeschlagenen Weg in dieser Frage. Auch die zwar abgewiesene Rechtssatzbeschwerde, die vor allem durch unsere Spenden finanziert wurde, hat dennoch viele neue Verbindungen und Kontakte im und außerhalb des OKV für die weitere politische Arbeit gebracht, wobei der Kampf um die Sicherung und Erhaltung des Friedens das alles Übergreifende ist. Insofern, und das wurde auch von Allen bekräftigt, steuern wir guten Mutes und mit Stolz auf den 30. Jahrestag der Gründung von ISOR e.V. im nächsten Jahr zu, den wir alle festlich begehen werden. Die dafür eigens angefertigte Medaille, mit der alle TIG geehrt werden sollen, konnten wir in Augenschein nehmen und fand unseren ungeteilten Beifall. Darüber hinaus werden auch alle Mitglieder mit einer entsprechenden Urkunde ausgezeichnet. Soweit bisher bekannt, wird die Festveranstaltung im Juni 2021 sein, die planmäßige Wahlveranstaltung dann im Herbst 2021. Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten wir dann die Ausführungen von Joachim zu seiner Arbeit im OKV, dem wir alle als Mitglieder angehören und bei dem es sich um ein Netzwerk von Initiativen und Vereinen handelt, die vorrangig Informationen zu aktuellen politischen Themen austauschen und sich der

Überwindung von Diskriminierung, Unrecht, Benachteiligungen etc. verschrieben haben. So ist beispielsweise eine Reihe von Broschüren über diese Zusammenarbeit entstanden, wo wir auch federführend durch Joachim mitgewirkt haben. Die von ihm mitgebrachten Broschüren von der Aktivtagung des OKV am 5.10. in Berlin belegen das und können von uns in der politischen Arbeit aktiv genutzt werden. Hier sei nur auf die beiden Broschüren zum Thema „Der Verrat an den Bürgern der DDR- Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss“ verwiesen, die in Kürze an die TIG ausgeliefert werden. Die auf dieser Tagung verabschiedete „Erklärung – Für eine bessere Zukunft“ haben inzwischen viele Mitglieder von ISOR und aus unseren TIG unterzeichnet. Gerne haben wir den Appell von Joachim aufgegriffen, noch mehr in die Öffentlichkeit zu gehen und unsere Kontakte für die Gewinnung neuer Mitglieder für das OKV aus allen Bereichen der Gesellschaft zu nutzen, die sich für Frieden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit einsetzen.

Motto muss es sein: **Wir sind stark, weil wir viele sind!**

In diesem Zusammenhang ist Walter Krüger, seit 28 Jahren Vorsitzender der TIG Güstrow und Ehrenmitglied von ISOR zu nennen, der für viele in unserem großen Verein kein Unbekannter ist, hat er doch dafür gesorgt, dass es ein Treffen von ISOR mit dem damaligen Ministerpräsidenten von MV, Erwin Sellering gab, wo es um die „Sache“ ging, wie er es immer ausdrückte. Nun ist es ihm erneut gelungen, zur jetzigen Ministerpräsidentin vorzudringen. Er hat es mit der „Macht des Wortes“ geschafft, dass Manuela Schwesig ihm als ISOR- Vorsitzender von Güstrow für seine warmherzigen Worte und Wünsche zu ihrer Gesundung gedankt hat. Walter meinte, er hätte jetzt einen Fuß in der Tür, nun müsse er den zweiten nachziehen, er habe schon einen guten Draht zur Staatskanzlei geschaffen. Wer ihn kennt, der weiß, er bleibt da dran und in dieser Hinsicht ist er für viele von uns auch ein echtes Vorbild. Auf der Tagung ermunterte er uns alle, mehr Courage für die Sache zu zeigen, um diese zu kämpfen und keine Scheu im direkten Ansprechen von Politikern,

Zwischenruf

Wir fordern die Durchsetzung des Beherbergungsverbot! Wenigstens aber für die Atomwaffen der Amis in Büchel, deren Transport und Abwurf gerade in einer diskreten Übung von der Bundeswehr geübt wird. Zielgebiet ist das Friedensgebot des Grundgesetzes.

Auch die von deutschen Behörden eingelagerte Giftbombe Krawalny sollte besser in Semipalatinsk beherbergt werden.

w.

Abgeordneten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu haben. Er hat es nachdrücklich in den letzten Jahren bewiesen, eifern wir ihm nach, dort, wo es möglich ist, vor allem in den großen Städten unseres Landes! Von den 904 Mitgliedern in M-V konzentrieren sich allein in Rostock, Neubrandenburg und Schwerin über 50 Prozent, die Spanne reicht derzeit von 245 bis 2 Mitgliedern in den TIG unseres Landes.

In der Diskussion und dem Erfahrungsaustausch, wo alle TIG- Vorsitzenden das Wort nahmen, zeigte sich, dass wir bisher gut durch die Krise gekommen sind und der Zusammenhalt der Mitglieder in den einzelnen TIG gewährleistet war. Obwohl viele Aktivitäten leider abgesagt werden mussten, so wurde doch stärker auf die individuelle Hilfe und Unterstützung der Mitglieder Wert gelegt und von diesen auch angenommen. Basis dafür ist ein gut funktionierendes System der Betreuung durch die eingesetzten Funktionsträger in den Gruppen sowie in den territorialen Bereichen durch drei Vorstandsmitglieder, wie es in Rostock praktiziert wird. In dieser TIG konnte auch das traditionelle Sommerfest im August mit 70 Teilnehmern in einem Landgasthaus stattfinden und fand großen Anklang. Diese und andere, bereits in vielen TIG zur Tradition gewordene Treffen und Veranstaltungen sollen beibehalten und weiter ausgebaut werden.

Unsere Mitglieder müssen merken, dass wir es ernst meinen mit Zusammenhalt und solidarischer Gemeinschaft, nichts entsteht im Selbstlauf. Das wurde von allen Rednern unterstrichen, auch wenn die Möglichkeiten dafür auf Grund der Altersstruktur, territorialen Gegebenheiten u.a.m. sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

Für diese Arbeit in den TIG gibt es nach wie vor entsprechend der neuen Finanzordnung von ISOR e.V. ein solides Fundament. Der Schatzmeister unseres Vereins, Hans-Peter Speck informierte, dass sich die Lage durch den Wegfall der juristischen Kosten weiter stabilisiert hat und eine solide Finanzbasis vorhanden ist. Auch die Abführung der Beiträge aus den TIG klappt ganz gut, wenn auch in einigen die Kassenbestände und die Anzahl der Kontozähler zu hoch sind. Abhilfe ließe sich ggf. durch eine Direktüberweisung an ISOR erreichen. Dadurch würde auch die bisher in keinem Finanzbericht der TIG erwähnte Bankkontrolle entfallen bzw. vereinfacht werden.

Durch den Landesbeauftragten Manfred Jonischkies wurde zum Abschluss unserer Tagung hervorgehoben, dass es nun darauf ankomme, in den TIG noch enger zusammen zu rücken, die Gemeinschaft für unsere Mitglieder erlebbar zu machen und ein höheres Niveau in der Betreuung sowie bei der Hilfe und Unterstützung der Mitglieder zu erreichen. In der politischen Arbeit sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um

in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den befreundeten Organisationen im OKV und auch darüber hinaus einen Beitrag für die Friedenssicherung zu leisten und den Kampf gegen jegliche Verunglimpfung der DDR und ihrer Sicherheitsorgane sowie gegen das Rentenunrecht fortzusetzen. Das Wahljahr 2021 und unser 30. Jahrestag der Gründung von ISOR e.V. bieten dafür eine gute Basis, nutzen wir sie!

Uwe JohannBon

Vorsitzender TIG Rostock

*

Aus der Postmappe

Manfred Wild aus Berlin-Köpenick schrieb zur Rolle des bundesdeutschen Außenministers

Maas(s)los arrogant

In einem gerecht verlaufenden Strafrechtsverfahren wird ein mutmaßlicher Täter nur dann bestraft, wenn ihm eine Straftat unwiderlegbar nachgewiesen wird. Jedes gerechte Strafgericht bietet einem Angeklagten durch Anhörung eine faire Chance, sich zu verteidigen und den Strafvorwurf zu widerlegen. Die vom Gericht als Beweise für eine Anklage verwendeten Dokumente stehen ihm dazu uneingeschränkt zur Verfügung. Der deutsche Außenminister Heiko Maas, der sich seiner juristischen Ausbildung rühmt, scheint während der Vorlesungen an der Universität des Saarlandes von 1989 bis 1993 wohl mehr gepennt als zugehört zu haben. Jedenfalls hat er in seiner jetzigen Funktion als kapitalfinanziertes außenpolitisches Sprachrohr der BRD jegliche juristischen Grundregeln scheinbar vergessen zu haben, oder seine steile politische Karriere hat sie verschüttet. Ohne dass ein juristisches Verfahren stattgefunden hat, erhebt sich Herr Maas zum Richter und holt sich andere EU- Außenminister als Beisitzer, die ihre Corona-Maske nicht nur über Mund und Nase, sondern auch gleich bis über die Augen gezogen haben, auf das Richterpodium.

Vor sich einen fiktiven Angeklagten gesetzt namens „Putin, Wladimir Wladimirowitsch Russland“. Ohne jeden Sachbeweis beschuldigt er ihn des Giftmordversuchs gegen ein „mit EU- und US- Futter aufgezogenes schwarzes Schaf in der russischen Herde“.

Herr Maas, der sich damit selbst zum „obersten EU- Richter“ ernannt, versteckt in Vorbereitung seines politischen Schauprozesses alles in seinem diplomatischen Geheimfach, was dem fiktiven Angeklagten zur Entlastung dienen könnte. Jede Anforderung dieses Angeklagten auf Akteneinsicht ignoriert er und wiederholt gebetsmühlenhaft: Schuldig, schuldig, schuldig.

Schließlich urteilt er ohne Anhörung des „Angeklagten“: Sanktionen ohne Bewährung!

...und als Nachlese zum 3. Oktober:

Wie nicht anders zu erwarten, füllen sich die herrschenden Medien der BRD seit Wochen zunehmend wieder mit Geschichtsfledderei und verleumderischem Geschrei über die DDR und natürlich mit „Einheitsjubiläum“. (...)

Dafür gäbe es genügend nationale und internationale Themen, um die BRD-Bürger aus der politischen Lethargie zu rütteln. Aufrüstung, Waffenexport und Bundeswehr-Beteiligung an regionalen Kriegen in Asien und Afrika; die nach wie vor existierende US-Besatzung in Deutschland mit Zentrum in Ramstein; der Klima-Blah-Blah-Streit; die Russophobie zur Propagierung eines neuen/alten deutschen Feindes; die EU-Sanktionspolitik und nicht zuletzt Trumps Schizophrenie wären beispielsweise Themen für kritisches mediales Verhalten.

Aber nicht doch! Was verlangen da linke Denker von den herrschenden Medien? Die gewinnen ihre Profite doch nicht von ihnen und für sie. Kapitalismustreue ist ihre Existenzgrundlage. Für die kapitalen Sprachrohre gibt es nur eins: Alles, was sich gegen linkes Denken und Handeln medial verwerten lässt, wird besonders laut ausposaunt. Und nun ist es wieder einmal ihr Triumph, das sozialistische Experiment DDR zum Scheitern gebracht zu haben.

So genannte Bürgerrechtler in der DDR, selbst Teilhaber am Scheitern des sozialistischen Experimentes, melden sich jetzt schlaftrunken nach 30 Jahren zu Wort und jammern: „Wir fürchten um die Demokratie“. Wieso jetzt erst? Haben sie 30 Jahre gepennt, denn eine „Demokratie“ als „Herrschaft des Volkes“ hat es seit dem 3. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet Ost nie gegeben. Schon der Beitritt selbst erfolgte ohne Befragung und Zustimmung des DDR-Volkes. Freilich erscholl regelmäßig montags aus Leipzig der Ruf „Wir sind das Volk!“ Doch es waren im Wesentlichen Leipziger und extra zum „Mitschreien“ Angereiste, und nicht aus DDR-Regionen. Das übrige Volk blieb zu Hause, auf Arbeit, in den Bildungseinrichtungen, im Urlaub oder zur Kur. Es fühlte sich dort wohler und sicherer, wenn auch nicht immer mit alledem zufrieden. Mit dem Versprechen „auf blühende Landschaften“ regelrecht „ver(Kohl)t“ wandelte sich der Slogan in Leipzig in „Wir sind Volk!“. (...)

Wachgerüttelt aus ihrem Halbschlaf sind auch diejenigen ehemaligen DDR-Bürger, denen die „Westträumerei“ durch Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Hartz-IV, Rentenunrecht und politische Diskriminierung empfindlich gestört wurde. Mehr und mehr ehemalige DDR-Bürger erinnern sich an ihr sozial gesichertes Leben vor 1990 und ihren sozialen Niedergang nach dem „Tritt in den Hintern“ am 3. Oktober 1990.

Politische Schlafmützigkeit und Träumerei rächt sich.

*

Arbeitsgruppe von Verbänden des Ostdeutschen Kuratoriums (OKV) beim Landesverband DIE LINKE. Thüringen

Suhl, 3. Oktober 2020

„Der Verrat an den Bürgern der DDR“ – Eine politische Bilanz nach 30 Jahren Anschluss-

Vierzig Mitstreiter folgten der Einladung der Thüringer Arbeitsgruppe des OKV, um am 30. September in Erfurt gemeinsam mit Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, Prof. Dr. Ludwig Elm, Historiker, Jena und Ralph Dobrawa, Gotha, Rechtsanwalt, Prozessverteidiger in den Grenzerprozessen bis 2003, über Ursachen und Folgen des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der BRD am 3. Oktober 1990 zu diskutieren.

Ausführlich sprach Hans Modrow über die Situation in der DDR der Endachtziger und neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Über Verräter, Verlierer und Gewinner. So lange zwei deutsche Staaten existierten, gab es z. B. keine militärische Beteiligung an Kriegen durch die Bundeswehr. Erst nach dem 3. Oktober 1990, in der größer gewordenen Bundesrepublik Deutschland, wurde dies möglich. In den vergangenen dreißig Jahren konnte die Bundesrepublik Deutschland, dank aktiver Unterstützung der USA, zur europäischen Großmacht, wirtschaftlich und militärisch, aufsteigen. Großdeutschland ist erneut entstanden.

Die Diskussion muss weitergehen, forderte Hans Modrow. Es geht um die Aufarbeitung einer gesamtdeutschen Geschichte und ein weiteres Nachdenken über die DDR, um uns selbst.

Den Teilnehmern wurde die zweite Publikation des OKV zum Thema „Nach 30 Jahren Anschluss“ übergeben. Leider kann die erste Publikation des OKV den Teilnehmern erst nach dem 3. Oktober nachgereicht werden. Sie lag am 30. September in Erfurt noch nicht vor.

Jochen Traut

*

Seit meinem Umzug von Dresden aufs Land habe ich leider keine Verbindung mehr zu einer TIG.

Deshalb sind die Informationen aus dem Mitteilungsblatt besonders wichtig und lassen immer wieder Hoffnung aufkommen. Denn die monatliche ungerechtfertigte Rentenkürzung von über 400,00 € macht sich schon negativ bemerkbar.

Durch schriftliche Beiträge an die Tageszeitungen bringe ich meine Meinung zum Ausdruck und versuche auch, unhaltbare Informationen über das Leben in der DDR gerade zu rücken.

Beim letzten Besuch einer Dresdner Buchhandlung habe ich das Buch „Spion bei der Nato“ über Hans-Joachim Bamler erworben. Bei einem empfohlenen Preis von 14,99 € wur-

de es für ganze 2,99 € verramscht. An vielen Beispielen kann man die Verlogenheit und auch Rechtsbeugung der Bonner Politik aber auch der gegenwärtigen Regierung verfolgen.

Besonders prägnant fand ich die willkürliche Berechnung der Rente für Gen. Bamler. Während seine Dienstzeit bei der faschistischen Wehrmacht voll anerkannt wird, erhält er keine Rente für die in Haft verbrachten Jahre, obwohl durch die HVA die entsprechenden Beiträge gezahlt wurden.

Für mich ist dieses Beispiel einmal mehr die Bestätigung, dass das hochgelobte Grundgesetz der BRD nur eine Aneinanderreihung juristischer Spitzfindigkeiten ist und je nach Gutdünken ausgelegt werden.

Ich würde es begrüßen, wenn ihr in einem der nächsten Hefte auf dieses Buch hinweisen könntet. Mit kämpferischen Grüßen

Günter Schilling

*

Piloten geehrt

Am 19. Oktober 2020 jährte sich der Tag des Unglückes von Syhra zum 54. Mal.

Aus diesem Anlass haben sich am Vorabend des Ereignisses auf Einladung des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE und der TIG Geithain-Rochlitz der ISOR e.V. Vertreter mehrerer Vereine und Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger der Stadt Geithain und Umgebung zu einer Gedenkveranstaltung zusammengefunden.

Daran nahmen der Vizekonsul des Generalkonsulats der Russischen Föderation Leipzig, Herr Ilia Matveev, Swetlana Solowiewa, freie Journalistin Leipzig, der Vorsitzende und Mitglieder der TIG Leipzig der ISOR, der Vorsitzende und Mitglieder des Verbandes zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT der DDR, Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen, des Fallschirmsportvereins Gera und der Deutsch-Russischen Gesellschaft Altenburg-Gera teil.

Der Vorsitzende des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE, Ulrich Böhme erinnerte in seiner Ansprache an die Beweggründe, die zur Errichtung des Ehrenmals an der Unglücksstelle geführt haben. Auch das heutige Verhältnis der westlichen Welt zu Russland war Gegenstand seiner Ausführungen.

Der Sprecher der LAG – DRF, Jürgen Vogel, ging auf die tiefe Verbundenheit der LAG zum russischen Volk ein. Er geißelte das Auftreten der Vertreter der westlichen Welt gegenüber Russland und seinem Volk, die dauernden Anschuldigungen gegenüber der russischen Politik und Russlands Präsidenten Wladimir Putin und verurteilte die ständigen Manöver der NATO an den Grenzen zu Russland.

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 8

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 6

Zum Abschluss ergriff der Vizekonsul des Generalkonsulats Leipzig das Wort. Er dankte mit herzlichen Worten für die Einladung zu unserer Gedenkveranstaltung. Er sei von dem Engagement zur Bewahrung der Erinnerung an die beiden sowjetischen Piloten immer wieder tief beeindruckt. Sein Dank ging auch an die Menschen, die dieses Denkmal pflegen und drückte seine Hoffnung aus, dass sich das Deutsch–Russische Verhältnis wieder zum Besseren wende.

Die Journalistin Solowieva verfasste einen Bericht zur Gedenkveranstaltung für die Plattform „Russki Mir“.

Reinhard Froberg, Günther Schilling

*

Pressemitteilung der Bundesvereinigung
LEBENSILFHE vom 8. Oktober 2020

Ulla Schmidt: Schnelltests auf Corona auch für Menschen mit Behinderung

Berlin. „Menschen mit Behinderung müssen in Schnelltests auf Corona einbezogen werden!“ Das fordert die Bundesvorsitzende der Lebenshilfe, Ulla Schmidt, MdB und Bundesgesundheitsministerin a.D., anlässlich der Pläne von Bundesgesundheitsminister Spahn, die Kosten für Corona-Schnelltests in Senioren- und Pflegeheimen zu übernehmen.

„Auch Menschen mit Behinderung leben in gemeinschaftlichen Wohnformen und müssen vor Infektionen wie auch unnötiger Isolation geschützt werden. Die Besuche ihrer Eltern und Geschwister sind für sie notwendig und schon im Frühjahr über Monate nicht möglich gewesen.“

Bei anderen gelesen

Der ehemalige stellvertretende DDR-Generalstaatsanwalt Hans Bauer führt in Berlin die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in die Bundestagswahl 2021. Der parteilose Jurist wurde auf der Landesmitgliederversammlung der Berliner Kommunisten an die Spitze der Landesliste gewählt. Ihm folgen die friedenspolitische Sprecherin der DKP Berlin, Barbara Majd-Amin, „Rotfuchs“-Chefredakteur Arnold Schölzel, die stellvertretende DKP-Vorsitzende Wera Richter sowie die Pastorin im Ruhestand Renate Schönfeld und der Gewerkschafter Rainer Perschewski. (...) **Aus UZ, 13. 10.2020**

Von Mitglied zu Mitglied

Es ist ein gutes Gefühl, wenn für später alles geregelt ist. Es gibt Themen, über die man ungern nachdenkt. Der Tod gehört dazu. Für die eigene Bestattung vorzusorgen, fällt vielen schwer. Ich bin seit 27 Jahren ISOR -Mitglied und kenne daher die Ansprüche der Mitglieder sehr gut. Eine Trauerzeremonie gibt uns ein wenig Halt. Dabei fragen wir uns auch: Wie bleibe ich im Gedächtnis meiner Lieben? Wir wollen doch sicher sein, dass unsere letzte Begegnung mit ihnen durch schöne Erinnerungen und Gedanken erfüllt ist. Zur würdigen Weitergabe des Staffelstabes an unsere Nachfolgenden gehört die Vorsorge, damit ideell und materiell der letzte Abschnitt im Leben so gestaltet wird, dass er unserem Andenken gerecht wird Als Bestatter aus Berufung stehe ich Ihnen zur Seite und erledige für Sie die vielen Dinge, die im entscheidenden Moment auf Sie einströmen. Dazu gehören neben den bestatterischen Leistungen die vielen bürokratischen Formalitäten bei den Ämtern und dem Umfeld der Trauerfeierlichkeit. Die vielen Fragen sollten vorsorgerisch im persönlichen Gespräch und am besten vor Eintritt des Trauerfalles in ruhiger Atmosphäre besprochen werden, damit die Wünsche aller Beteiligten berücksichtigt werden können. Dafür empfehle ich mich als Ihr Begleiter für eine schwierige Zeit

Florian Münter, Tag und Nacht erreichbar
unter **030 - 30 34 04 47**

auch aus anderen Teilen der Republik.
Bitte besuchen Sie auch meine Internet Seite,
um sich über das Spektrum meiner Leistungen
zu informieren:

www.muenter-bestattungen.de...

Ihr Vertrauen ist meine Verpflichtung!

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 28.10.2020

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 25.11.2020

Einstellung im Internet: 04.12.2020

Auslieferung: 09.12.2020

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316;
Di u. Mi 9–15 Uhr

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317;
Di u. Mi 8–15 Uhr

Peter Ott – Tel.: (030) 29784315, Fax: (030) 29784320;
Di u. Do 8–14 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC: BELADEVXXX

Sprechstunden der AG Recht:
Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16